

ist wichtig, dass die Teile Großbritanniens, vor allem Schottland als ein enger Partner Bayerns, die eng an die EU angebunden sein wollen, die, wenn es irgendwie geht, auch wieder in die Europäische Union zurückwollen, unsere Unterstützung erfahren. Bayern und Schottland verbindet mehr als die Tatsache, dass unser Herzog von Bayern auch der König von Schottland werden könnte. Wir haben, obwohl der Markt relativ klein ist, enge Beziehungen. Wir haben viele gemeinsame Themen. Ich nenne innovative Bereiche wie Energie oder Antriebstechnologien. Und wir haben bereits fundierte enge Beziehungen durch Abkommen, die von der damaligen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und von Hubert Aiwanger, zuletzt im letzten Jahr, vertieft wurden. Unser Blick als FREIE WÄHLER richtet sich innerhalb Großbritanniens auf die Landesteile, vor allem auf Schottland, die in die Europäische Union zurückwollen. Die Regierungschefin von Schottland hat vor Kurzem gesagt: Der Weg zurück ins Herz Europas führt für uns über die Unabhängigkeit.

Ich sage ganz ehrlich: Wenn es so sein muss und wenn Schottland das will, dann stehen wir FREIE WÄHLER dafür, den Weg Schottlands zurück in die Europäische Union zu unterstützen. Wir unterstützen den Weg Schottlands in die Unabhängigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Gotthardt. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Böhm von der AfD gemeldet. Herr Böhm, bitte.

Martin Böhm (AfD): Verehrter Kollege Gotthardt, Sie unterstellen, wir würden Europa zerstören wollen. Wir wollen nicht Europa zerstören, wir wollen die EU zerstören. Wir wollen ein Europa befreundeter souveräner Nationalstaaten pflegen und erhalten. Das ist der Unterschied in der Herangehensweise. Da müssen Sie noch viel dazulernen.

(Unruhe)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Böhm, jetzt tue ich Ihnen einen Gefallen und sage: Sie haben sogar recht, Sie wollen die EU zerstören; aber wer die EU zerstört, der zerstört auch Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Herr Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag intendiert eine gute Nachbarschaft und gute partnerschaftliche Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu Bayern. Das mutet auf den ersten Blick ein wenig nach parlamentarischer Prosa an; denn die proeuropäischen Parteien hier im Hohen Hause werden sich sehr schnell darin einig sein, dass man sich hinter diesem Ziel versammeln kann und es hier nicht zu einem offenen Schlagabtausch zwischen der Sozialministerin und dem Wirtschaftsminister kommt, wie wir es eben bei einem anderen Dringlichkeitsantrag erleben durften.

Trotzdem ist der Antrag sinnvoll und notwendig. Es geht um mehr als um eine Zielbeschreibung, es geht um die Frage, was eigentlich auf dem Spiel steht. Bayern ist nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nicht mehr die siebtgrößte, sondern die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Wir sind in erheblichem Maße wirtschaftlich davon abhängig, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien weiter auf hohem Niveau befinden. 7,3 %

aller bayerischen Ausfuhren in den letzten Jahren fanden in Richtung Großbritannien statt. Wir haben 460 bayerische Niederlassungen mit einem Gesamtumsatz von 42 Milliarden Euro alleine in Großbritannien, und die Briten in Bayern haben hier in den letzten Jahrzehnten immerhin 45.000 Arbeitsplätze mit einem Jahresumsatz von fast 30 Milliarden Euro geschaffen.

Das alles steht auf dem Spiel und mehr als das: Es geht auch um die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, der Wissenschaft und der Forschung. Deshalb bedauere ich es, wie meine Vorredner auch, dass es überhaupt zu diesem Austritt gekommen ist.

Wenn Herr Abgeordneter Böhm hier davon spricht, dass nun endlich die Souveränität Großbritanniens über die eigenen Sozialsysteme wiederhergestellt sei, kann ich Ihnen, Herr Böhm, nur entgegnen, dass Sie dann auch feststellen müssen, dass es um die Sozialsysteme in Großbritannien in den nächsten 5, 10, 15, 20 Jahren perspektivisch nicht gut bestellt ist.

(Zuruf von der AfD)

Wie hat sich das Sozialsystem auch in Großbritannien finanziert? Dies erfolgte insbesondere durch die Prosperität, die auf die offenen Märkte in Europa angewiesen war. Wenn diese offenen Märkte für Großbritannien nun nicht mehr in diesem Maße bestehen, werden die Sozialsysteme in der von Ihnen geschilderten Souveränität sehr schnell ins Schlingern geraten. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich möchte noch einen persönlichen Satz sagen, Herr Böhm. Sie haben hier permanent in die Reihen der proeuropäischen Parteien gesagt: Euer Europa, eure EU. – Ich als Sozialdemokrat, als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, verbitte es mir, dass Sie uns in dieser Diktion duzen. Wir sind per Sie, und Sie sollten deshalb die bürgerlichen Gepflogenheiten auch hier im Hohen Haus entsprechend wahren.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich möchte in aller Kürze daran erinnern, dass es natürlich falsch ist, in solchen Situationen wie beim Brexit die falschen Signale auszusenden. Deswegen kann ich es Ihnen, Herr Dr. Huber, trotz Ihrer wirklich guten Rede heute nicht ersparen, noch einmal daran zu erinnern, dass es die CSU-Politiker waren, die David Cameron wenige Wochen vor dem großen Brexit-Entscheid in Großbritannien zur Klausurtagung eingeladen, ihm den roten Teppich ausgerollt und dies mit Formulierungen von Herrn Seehofer, Herrn Söder und Frau Hasselfeldt, dass das, was Cameron mit seinen Ansichten macht, CSU-Politik pur sei, begleitet haben.

Ich sehe, dass sich manche von Ihnen dabei nicht wohlfühlen, wenn ich dies heute noch einmal in Erinnerung rufe. Ich begrüße ausdrücklich, dass es offensichtlich einen Kurswechsel von damals zu heute innerhalb der CSU gegeben hat. Das wollen wir auch ausdrücklich anerkennen. Wir dürfen aber gerade auch angesichts der Aktualität von Thüringen noch einmal daran erinnern: Wer den Populisten die Hand reicht, statt ihnen die Stirn zu bieten, wirkt nicht mit am Gemeinsinn in Europa, nicht in Bayern, nicht in Thüringen und nicht in der Europäischen Union, sondern an der Spaltung unserer Gesellschaften. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Ich füge mit Blick auf die Aktualität in der Bundesrepublik hinzu: Wer sich von radikalen Kräften in höchste Staatsämter wählen lässt, macht sich zum nützlichen Idioten von Demokratieverächtern.

(Zuruf von der CSU: Das gilt aber auch für den Berliner Bürgermeister!)

Ich möchte Ihnen, lieber Herr Kollege Martin Hagen, herzlich dafür danken, dass Sie die Kurve bekommen haben. Das hat jetzt nichts mit kleiner Münze zu tun. Ich sehe es auch als ein Zeichen von Größe an, wenn man in der Kommunikation zunächst in die völlig falsche Richtung geht und am darauffolgenden Tag sagt: Ich habe mich da etwas verrannt. Es war falsch, zunächst zu bejubeln, dass ein FDP-Ministerpräsident in Thüringen gewählt wurde, es war falsch, die Umstände zu würdigen, dass es mit staatstragender Grundhaltung einherginge.

Eine solche Korrektur ist keine kleine Münze, sondern ein Zeichen von parlamentarischer Größe. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Keine Zwischenbemerkungen? – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, wenn Sie bitte einen Moment am Rednerpult bleiben.

(Der Redner geht an seinen Platz zurück.)

– Okay. Damit hat als nächster Redner der Kollege Markwort von der FDP-Fraktion das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU ist lang, sympathisch und auch voller Selbstverständlichkeiten. Er entspricht der Haltung der FDP. Sie rennen die Türen ein, die wir geöffnet haben. Wir sind schon durch. Im Bundestag hat die FDP ganz ähnliche Appelle an die Bundesregierung gerichtet, wie wir sie jetzt an die Staatsregierung richten. Es sind auch viele Plattitüden enthalten. Natürlich hängt es nicht von der Bayerischen Staatsregierung ab, ob Großbritannien ein Partner der NATO bleibt. Das bayerisch-britische Bündnis ist ungebrochen.

Ich möchte aber doch auf ein paar sprachliche Verwirrungen in dem Antrag hinweisen, die durch den Austritt Großbritanniens deutlicher geworden sind. Europa ist nicht die EU. Da geht es in den Begriffen zwischen der Europäischen Union und Europa durcheinander. Die Europäische Union ist durch den Austritt Großbritanniens leider kleiner geworden. Das EU-freie Europa mit der Schweiz, Norwegen und Großbritannien ist größer geworden, da dürfen wir nicht verwirren.

Insgesamt stimmen wir jedoch dem Antrag zu. Wenn Sie beantragt hätten, seid nett zueinander und Fairplay gilt, hätten wir auch zugestimmt.

Den Antrag der AfD können wir nicht unterstützen. Sie begrüßen den Austritt. – Wir bedauern den Austritt Großbritanniens, wir vermissen die Liberalen in der Fraktion, wir respektieren das Votum der Bevölkerung in Großbritannien, aber wir freuen uns nicht darüber, dass dieser finanzkräftige, demokratisch-marktwirtschaftlich orientierte Partner die EU verlassen hat.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Markwort, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. Bitte, Herr Mehring.